

MZ "Lehrer griffen nicht ein"

Beitrag von „Yummi“ vom 9. September 2017 09:08

Nicht alphabetisierte und schlecht ausgebildete Asylbewerber sind zunächst keine Konkurrenz. Die zentrale Eintrittshürde ist der Mindestlohn.

Es gibt nicht viele Branchen, in denen das Gehalt gering ist und die Sprache weniger wichtig ist (z.B. Reinigung). Selbst bei Fast-Food-Ketten muss man sich unterhalten können.

Jetzt kommt aber die Idee, um Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis in den Arbeitsmarkt zu "integrieren", Ausnahmen vom Mindestlohn eingeführt werden sollen. Und genau dann wird diese Personengruppe zu einer Konkurrenz für schlecht ausgebildete Einheimische. Sollte Schwarz-Gelb die nächste Regierung stellen, dann wird das kommen.

Im qualifizierten Bereich ist die Konkurrenz auf dem heimischen Arbeitsmarkt durch diese Personengruppe gering. Im int. Wettbewerb schon, aber darum geht es hier nicht. Da haben wir die Problematik von Outsourcing gering qualifizierter Tätigkeiten schon lange. Wobei verstärkte Digitalisierung und Automatisierung gerade diese Jobs gefährdet.

Also hast du folgendes Problem, welches mehrere Facetten hat.

1. Die Zahl ungebildeter/schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte ist massiv angestiegen. Um diese gut zu bekommen muss ein immenser finanzieller Kraftakt durchgeführt werden. Bei (Klein-)Kindern ist das erfolgversprechender, da diese schnell die Sprache erwerben. Bei Erwachsenen dagegen ist das kaum zu schaffen. Auch Bildungspolitik muss sich über einen Zeitraum rechnen.
2. Fällt der Mindestlohn als Eintrittsbarriere freut das die Unternehmer, die schwarz-gelbe Regierung und eigentlich auch die linken Parteien. Die schlecht ausgebildeten Einheimischen dagegen verlieren ihren einzigen Wettbewerbsfaktor. Die einzige politische Partei von nennenswerter Bedeutung wird für diese Gruppe die AfD.
3. Der finanzielle Kraftakt führt aber die deutsche Politik in ein Dilemma. Die Schuldenbremse. Also müssen andere Massnahmen ergriffen werden. Steuererhöhungen, befristete Lehrkräfte, Aussetzen von Besoldungserhöhungen usw.
4. Finanziert könnte das werden, wenn die Aufwendungen des Deutschen Staates in irgendeiner Art und Weise geringer werden. Dank der Niedrigzinspolitik der EZB spart Deutschland seit Jahren Mrd.-Beträge. Die Exportwirtschaft boomt dank des niedrigen Eurokurses und die Menschen sparen nicht sondern konsumieren. Deshalb haben wir Überschüsse. Und dennoch betreibt Deutschland ständig Politik gegen Draghi. Er ist aber der Einzige der das hier am Laufen hält. Nicht umsonst mahnen Ökonomen dass Deutschland sich von der guten Lage blindblenden lässt.

Und bevor wieder einige Schnappatmung bekommen. Frau Merkel hat klargestellt dass es so was wie 2015 nicht mehr geben wird. Das wäre politisch und gesellschaftlich nicht durchsetzbar.